

Demonstration in Rosenberg: Auf Initiative der IG Metall machten rund 250 Beschäftigte verschiedener Firmen auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufmerksam

Gemeinsam gegen die Leiharbeit

Rosenberg. Mit einem deutschlandweiten Aktionstag unter dem Motto "Arbeit - sicher und fair" unterstrich die IG Metall gestern ihre Forderung nach Abschaffung der Leiharbeit und Eindämmung befristeter Beschäftigungsverhältnisse. Mit insgesamt über 1000 Veranstaltungen, davon alleine 328 in Baden-Württemberg, verschafften sich die Gewerkschafter so die nötige Aufmerksamkeit, um den Druck auf Arbeitgeber und Politik weiter zu erhöhen und möglichst eine Kehrtwende in der Beschäftigungspolitik einzuleiten.

Einen ihrer Schwerpunkte setzte die IG Metall in Rosenberg, wo am Vormittag gut 250 Beschäftigte der Firmen Getrag (Rosenberg), Braun (Walldürn), Hydraulik-Ring (Seckach), Schimmel (Adelsheim), Bartec (Bad Mergentheim), Weinig (Tauberbischofsheim), Lauda (Lauda), Ersa (Wertheim), Rauch (Freudenberg), Eirich (Hardheim), Scheuermann + Heilig (Hainstadt), Magna (Assamstadt) und Alfi (Wertheim) die Arbeit für vier Stunden niederlegten, vom Werkstor des Rosenberger Getriebeherstellers auf den Rathausvorplatz zogen und damit ein deutliches Signal gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und für eine faire Bezahlung setzten. Unterstützt wurden die Gewerkschafter von den vermutlich jüngsten Demonstrationsteilnehmern, die es in der Region bisher gab.

Mit roten Schildmützen und Trillerpfeifen ausgerüstet, beteiligten sich die Schüler der örtlichen Grundschule und die "Maxis" des Kindergartens an der Protestaktion und vermittelten damit die von Verantwortlichen erhoffte Botschaft, dass die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse die gesamte Gesellschaft und vor allem die Kinder als Arbeitnehmer von morgen betrifft.

Entsprechend groß war auch die Freude des ersten Bevollmächtigten der IG-Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, Gerd Koch, über die "einmalig verjüngten" Kundgebungsteilnehmer. Den Demonstrationzug hatte er zuvor gemeinsam mit weiteren Gewerkschaftsfunktionären angeführt und zu Beginn der Kundgebung ohne große Umschweife deutliche Worte für die seiner Meinung nach verfehlte Politik der Bundesregierung gefunden.

Kritik an Lobbypolitik

"Es ist beschämend, worauf sich die Politik geeinigt hat", sagte Koch mit Blick auf den jüngsten Kompromiss bei der Neuregelung der Hartz-IV-Sätze. Die Auseinandersetzung der Politik "mit den Themen, die den Gewerkschaften unter den Nägeln brennen", bezeichnete er als Armutszeugnis. Dass über Nacht 500 Milliarden Euro für die Rettung angeschlagener Banken zur Verfügung gestellt werde, die Anhebung der Armutsgrenze dagegen wochen- und monatelange Verhandlungen erfordere, sei nicht nachvollziehbar. "Macht endlich Politik für die Menschen", richtete sich Koch deshalb direkt an die

Bundesregierung mit Kanzlerin Angela Merkel an der Spitze und forderte sie auf, "die Lobbypolitik für eine handvoll Menschen endlich zu beenden".

Die bisherige Politik wertete Koch als Frontalangriff auf die Gewerkschaften, mit dem Ziel das Lohnniveau zu drücken. "Wir wollen keine Leiharbeit", betonte er auch mit Blick auf die Perspektiven der Jugend. Für dieses gesellschaftspolitische Thema benötige man deshalb die Unterstützung der gesamten Bevölkerung, so der Erste Bevollmächtigte.

Einen besonderen Dank richtete er an die Getrag-Beschäftigten, die "mit alldem nichts zu tun haben, sich aber solidarisch erklären, damit die Gefahr nicht auf intakte Strukturen überschwappt". Das Thema "Miteinander" stellte anschließend Lothar Harlacher, Zweiter Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, in den Mittelpunkt seiner Rede.

Verantwortung übernehmen

"Wir müssen wieder lernen, für das Gegenüber mit einzutreten und Verantwortung für die ganze Gesellschaft zu übernehmen", so der Getrag-Betriebsratsvorsitzende. Dieser Pflicht dürfe man sich nicht entziehen, denn nur so könne man den wachsenden Egoismus in der Gesellschaft zurückdrängen.

"Vollzeitbeschäftigte müssen ihre Familie ernähren können", forderte auch Harlacher und betonte, dass es bei Getrag weder Leiharbeit, noch befristete Arbeitsverhältnisse gebe und alle Auszubildenden übernommen würden. Ebenso kämpferisch gab sich gegen Ende der Kundgebung Josef Bechtel von der IG-Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg: "Wir werden die Beschäftigten nicht zur Ausbeutung freigeben, weiter Druck machen und die Sache mit allen Konsequenzen angehen". Deutlich machten alle Beteiligten diese Entschlossenheit noch einmal mit einem gellenden Pfeifkonzert, ehe die Forderungen nach Abschluss der Veranstaltung im persönlichen Gespräch weiter vertieft wurden.

Malwettbewerb

Und auch die jüngsten Teilnehmer werden sich weiter mit dem Thema prekäre Arbeitsverhältnisse beschäftigen. Für sie gab es zum Abschluss Buntstifte und Papier für einen Malwettbewerb unter dem Motto "Besser leben".

Eine Woche haben die Grundschüler und Kindergartenkinder jetzt Zeit, sich künstlerisch mit ihren Vorstellungen über einen sicheren Arbeitsplatz auseinanderzusetzen. Die schönsten Bilder werden dann von einer Jury prämiert.